



**Stellungnahme der
C D U - Kreistagsfraktion
zum
Kreishaushalt 2 0 2 4**

erhalten und gestalten

Es gilt das geschriebene und gesprochene Wort

Anrede,

es wäre Zeit für ein Märchen.

Dies ist der Wunsch vieler Menschen. Ein Märchen, das gewünschte Veränderungen und sehnlichst erhoffte Ereignisse über Nacht wahr werden lässt, um rückblickend erleichtert sagen zu können: es war einmal...

Die Bundesregierung hat sich über die deutlichen Warnungen und Hinweise auf nicht verfassungskonform mit Ignoranz hinweggesetzt und dreist mit der Mehrheit der sie tragenden Ampelfraktionen ein „Haushaltsnachtragsmärchen“ verabschieden lassen, das die Regierung ein Erfolgsmodell für die Zukunft Deutschlands genannt hat.

Am Mittwoch hat das Bundesverfassungsgericht zum 2. Mal der Bundesregierung die rote Karte gezeigt. Jetzt wegen Finanz-Tricksereien und Verstoß gegen die Schuldenbremse. **So geht`s nicht**, so das Urteil aus Karlsruhe.

Der Kreishaushalt ist kein Märchen-Haushalt, aber er ist, wenn er auch etwas mutiger beim Bremsen hätte sein sollen, verfassungskonform aufgestellt.

Unter dem 60 Milliarden-Loch müssen nun wieder einmal andere leiden – nicht jedoch diejenigen, die das Loch sehenden Auges gegraben haben. Da zu befürchten ist, dass ein Teil davon, in welcher Form auch immer, nach unten abgedrückt werden wird, gehen wir davon aus, dass wir von der Verwaltung ständig auf dem Laufenden gehalten werden, da wir dann schnellstens reagieren müssen.

Das berühmteste Märchenbuch der Welt, das der Brüder Grimm, beginnt mit dem Satz: „In den alten Zeiten, wo das Wünschen noch geholfen hat ...“

1844 schrieb Heinrich Heine das berühmte Wintermärchen, das jedoch kein Märchen ist.

In seiner in Versen verfassten Satire bringt er seine Kritik an den politischen Verhältnissen und Zuständen in Deutschland zum Ausdruck.

Auch 2023 sind die Menschen in Deutschland nicht zufrieden und haben große Sorgen und viele Ängste. Die Menge der **K-Themen, Kriege und Krisen**, beunruhigt die Menschen, hat die Gesellschaft in unserem Land verändert und macht uns allen sehr zu schaffen.

Dieses Jahr ist der **Angstindex** zum zweiten Mal in Folge gestiegen und erreicht einen Höchststand, während das emotionale Wohlbefinden abgenommen hat. Die Menschen fühlen sich in ihrer Existenzgrundlage bedroht und sehen ihren Lebensstandard gefährdet. Und das schürt Abstiegsängste. Die ersten äußerst negativen Konsequenzen sehen wir mit dem Erstarken radikaler und demokratiefeindlicher Kräfte.

Weitere Ergebnisse sind u.a. im Glücksatlas 2023, der letzte Woche herausgekommen ist, nachzulesen.

Besonders gravierend und besorgniserregend ist der **Vertrauensverlust**, der dieses Jahr noch größer geworden ist.

Aktuell geht nicht einmal mehr ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass der Staat in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen. Das Vertrauen in die Politik ist auf einen historischen Tiefstand gesunken.

So kann es nicht weitergehen. So dürfen wir nicht weitermachen. Das ist die klare und unmissverständliche Meinung der Bürger.

Wie sehr die Menschen enttäuscht sind, das belegen alle Umfragen mit Zahlen, die bedenklich machen.

Wir alle müssen uns fragen, haben wir gut und richtig zugehört? Haben wir die Bürgerinnen und Bürger verstanden? Gehen wir auf sie ein?

Dass die Bürger keine Antworten erhalten und sich nicht wahrgenommen fühlen, das zeigen exemplarisch nur 3 von vielen Beispielen.

1. Im Landkreis ist ein Krankenhaus geschlossen worden, im Landkreis fehlen überdurchschnittlich viele Haus- und Fachärzte, im Landkreis ist eine Notfallpraxis geschlossen worden und im Landkreis ist das Klinikdefizit auf ein

dramatisches Rekordhoch angewachsen – doch Bundesgesundheitsminister Lauterbach redet bei seinem Besuch im Landkreis über die E-Akte, statt auf die Probleme, welche die Bürger beschäftigen, einzugehen.

Dieses Beispiel macht deutlich, wie abgehoben und weit weg die Ampel-Regierung in Berlin von den Sorgen, Nöten und Ängsten der Menschen ist. So kann man nicht vermitteln, dass in Berlin die richtigen Prioritäten gesetzt werden!

2. Zu Migration und Integration braucht die Pressemitteilung des Deutschen Landkreistages von letzter Woche nicht weiter kommentiert zu werden; die Überschrift bringt es auf den Punkt: „Wir brauchen ein großes Umsteuern in der Flüchtlingspolitik. Wir brauchen eine Migrationswende.“ Wir erleben, mit welcher Deutlichkeit und Dringlichkeit die Bürgerschaft eine Lösung oder zumindest eine klare Perspektive in der Migrationsfrage anmahnt. Es hilft nicht, darauf abzustellen, dass Lösungen wie Drittstaatenabkommen schwer zu erreichen sind. Die Menschen wollen sehen, dass wir etwas tun.
3. „Rückblick positiv, Ausblick düster. Ein „Weiter so“ wie in den vergangenen Jahren ist finanziell nicht vertretbar“, so haben Sie, Herr Landrat es in Ihrer Haushaltsrede formuliert.

Ja, wir brauchen einen **Politikwechsel**.

Dringend.

Umgehend.

Doch es reicht nicht, ständig nur davon zu reden.

Auch im letzten Jahr, „Ein „Weiter so“ oder gar ein „immer Mehr und immer weiter“, das wird in den kommenden Jahren nicht mehr gehen“, haben Sie davon geredet – doch es hat sich immer noch nichts geändert! Es ging weiter so!

Worten müssen nun endlich Taten folgen.

Seit Dezember **2011** will die CDU ein Kreisentwicklungskonzept „Zukunft im und für den Landkreis Göppingen“, in dem Ziele, Strategien und **Handlungsprioritäten** festgelegt werden.

Wir wiederholen diesen Antrag und beantragen erneut:

A 01:

mit der Priorisierung zu beginnen.

Dem Kreistag ist ein Strategiekonzept „Zukunft im und für den Landkreis Göppingen“ vorzulegen, das aufzeigt, wie und in welchen Schritten eine Prioritätenliste erstellt werden soll.

Reden wir nicht länger drum herum, dass wir vor einer **dringend erforderlichen Konsolidierung** stehen, sondern handeln wir.

Uns war bewusst, als wir diesen Antrag gestellt haben, wie schwer die Umsetzung werden und sein wird.

Wenn nicht jetzt, wann dann? Trotz der Dringlichkeit **fehlt der politische Wille!** Wie lange wollen wir uns noch selbst vormachen und so tun, als ginge es so weiter? Wir alle erleben und erfahren doch, dass dies unruhige und krisenhafte Zeiten sind. Wie lange soll also noch verschoben werden? Lage und Ausblick erfordern ein umgehendes Handeln.

Wir müssen Prioritäten setzen, um die Handlungsfähigkeit zu erhalten und die Zukunft zu gestalten. Dabei müssen wir uns an den Menschen in unserem Landkreis orientieren, für die in aller Regel das Thema Gesundheit an oberster Stelle steht.

Der Laubbläser, meine Damen und Herren, ist zum Handlungssymbol in Deutschland und im Landkreis Göppingen geworden. Das Problem wird angegangen, vermeintlich weggeblasen, in Wirklichkeit aber nur verlagert, ohne es zu lösen. Man macht eine Menge Lärm, benötigt und vergeudet wertvolle Energie und erzeugt nur Unzufriedenheit.

Unser Kreiskämmerer Herr Stolz hat uns bei der Einbringung eine Folie mit **Chancen und Risiken des Haushalts** präsentiert.

In Zahlen ausgedrückt belaufen sich die Chancen auf 1-3 Millionen Euro, die Risiken dagegen auf 11 Millionen Euro!

Die Bewertung lässt kaum Interpretationen zu.

Mit dem Eintreten der **Risiken muss gerechnet** werden, während die **Wahrscheinlichkeit, dass Chancen eintreten, minimal** ist.

Was sicher ist: wir selber haben so gut wie gar keinen Einfluss darauf!

Das **Fazit ist kurz und ernüchternd:**

Wir haben eine Hochrisikolage, und die geordneten Kreisfinanzen sind in Gefahr.

A₀₂: Wir beantragen daher, dem Kreistag im 1. Quartal 2024 Maßnahmen zur Risikominimierung vorzulegen mit dem Ziel, das Risiko mindestens zu halbieren.

Der gleichbleibende Kreisumlagehebesatz ist auf die gestärkte Ergebnisrücklage zurückzuführen. Ohne unsere Beharrlichkeit hätte es das Ansparen in der Ergebnisrücklage nicht gegeben. Es wäre besser gewesen, wenn der Nettobetrag hätte stabil gehalten werden können.

Wir alle wissen das von uns beantragte **Finanzkonzept** mit der ständigen Fortschreibung als gute und verlässliche Grundlage für die notwendige Finanzplanung sehr zu schätzen.

Fast täglich generieren Bund und Land **neue Aufgaben**, meist dabei das Konnexitätsprinzip außer Acht lassend, und belasten damit Kommunen und Landkreise. Man kann sich des Eindrucks nicht verwehren, dass die dort Handelnden die Probleme ungelöst durchreichen und sich anderen Bereichen widmen. Sehr deutlich hat der Präsident des baden-württembergischen Gemeindetags, Steffen Jäger, der Politik die Leviten gelesen: „Die Zeiten von zusätzlichen Standards, Rechtsansprüchen und staatlichen Leistungszusagen müssen vorbei sein.“ Stattdessen brauche es eine politische Kultur, in der nur so viel versprochen wird, wie auch geleistet werden könne.

A₀₃: Wir regen eine Initiative des Landkreises gegen die Überforderung und zunehmende Aufgabenübertragung von Bund und Land an, um Ihrer Aussage, Herr Landrat, „es ist aus unserer Sicht dringend notwendig, dass es in der Bundes- und

Landespolitik zeitnah zu Entscheidungen kommt, welche die kommunale Situation spürbar und nachhaltig entlastet“, Nachdruck zu verleihen. Dies können wir mit konkreten Beispielen nachdrücklich hinterlegen.

Die Aufgaben müssen trotz Fachkräftemangels und fast 140 nicht besetzter Stellen erledigt werden. Dies führt dazu, dass bei vielen Beschäftigten die **Belastungsgrenzen überschritten** sind, was an der zunehmenden Zahl der Gefährdungsanzeigen sichtbar wird.

A 04: Wie groß ist die Zahl der Gefährdungsanzeigen?
Welche Maßnahmen zur Entlastung hat die Verwaltung unternommen und welche weiteren Maßnahmen sind geplant?

Am erhofften Aufschwung der deutschen Wirtschaft gibt es begründete Zweifel. Einige Ökonomen gehen sogar davon aus, dass die deutsche Wirtschaft nächstes Jahr weiter schrumpft.

Keine guten Vorzeichen für den **Landkreis mit seinen strukturellen Wirtschaftsproblemen**.

A 05: Wir beantragen einen Bericht „Wirtschaft 2024 im Landkreis Göppingen“. Wie ist die Situation? Welche Strategie wird verfolgt? Wie und wo ist und wird der Landkreis tätig? Wie wird der Landkreis aktiv, wenn es um Gewerbegebiete geht?

Die Lage im Wohnungsbau wird immer schlimmer und dramatischer.

Die aktuellen Entwicklungen im Wohnungsbau sind alarmierend. Der Anstieg der Zinsen, die Entwicklung der Baupreise, gestörte Lieferketten, der Mangel an Fachkräften, behördliche Auflagen, DIN-Vorschriften u.v.m sorgen für eine bisher nicht gekannte Flaute in der Bau- und Immobilienbranche.

A 06: Wir beantragen einen Bericht „Wohnungsbau 2024 im Landkreis Göppingen“. Was tut sich im kommunalen Wohnungsbau bei den kommunalen Wohngesellschaften sowie bei den einzelnen Kommunen im Landkreis? Gibt es beabsichtigte, geplante Projekte, die aufgrund rechtlicher Probleme nicht durchgeführt werden (können)?

Bei den **Straßen, A8 und B10**, ist es kein vorübergehendes Stocken, sondern ein höchst missliches und äußerst ärgerliches ständiges Verschieben der Aus- und Weiterbautätigkeit. Ein in jeglicher Hinsicht **unerträglicher Zustand, der ständig schlimmer und noch schlechter wird**. Die Verantwortlichen in Bund und Land müssen endlich die Kriechspur verlassen, das Tempo beschleunigen und auf die Überholspur wechseln!

Wir erwarten, dass von der Verwaltung der Druck erhöht wird – vielleicht doch noch mit einer Task Force? -, um den Stellenwert und die für die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis bedeutsamen Infrastrukturprojekte nun endlich voranzubringen!

In der nächsten Sitzung des UVA wird uns das neue Kreisstraßen-Bauprogramm für die Jahre 2024 bis 2027 vorgestellt.

A 07: Wir beantragen, dass uns zu Sanierung und Ausbau der Kreisstraßen ein Konzept mit Priorisierungen, das Zustand, Bedeutung und Belastung des jeweiligen Straßenabschnittes beinhaltet, zur Entscheidung vorgelegt wird.

Mit Spannung warten wir am 06. Dezember auf unser letztes Jahr beantragtes **Verkehrskonzept GP für alle Formen der Mobilität** und behalten uns sich für uns daraus ergebende Anträge vor.

Die **Zunahme des Radverkehrs** ist erfreulich.

Unerfreulich dagegen ist, dass der Gemeinderat der Stadt Uhingen sich mehrheitlich gegen eine Trasse für den Radschnellweg entlang der Fils ausgesprochen hat.

A 08: Wir beantragen einen Bericht, wie es mit dem Radschnellweg inhaltlich (Ausbau des Radwegenetzes, Trassenführung) und zeitlich trotzdem weitergeht.

Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit des Radverkehrs sind ständig zu optimieren, auch um zu vermeiden, dass die Attraktivität nicht beeinträchtigt wird.

A 09: Wir beantragen, den UVA zu informieren, unter welchen Voraussetzungen Schutzstreifen/Radfahrstreifen auf Steigen eingerichtet werden können.

Ob dem neuen **Nahverkehrsplan** finanzielle Grenzen gesetzt werden müssen, das muss sich noch zeigen.

Ziel ist und bleibt ein Landkreis im Takt, der auch finanziell intakt bleibt.

Ein auf alle Strecken durchgetakteter Nahverkehrsplan wäre zwar wünschenswert, würde den Landkreis aber finanziell überfordern. Wir warten gespannt auf die zugesagten Fahrgastzahlen.

Auf der Filstalachse dürfen wir uns jedoch weder von den schnellen Verbindungen abhängen lassen noch mit einem Stolpertakt zufrieden geben.

Ziele sind unvermindert ein **IC-Halt in Göppingen** und **auf der Filstalachse ein verlässlicher Zwanzig-Minuten-Takt Stuttgart - Ulm.**

Unverändert ist unsere Haltung zum Mobilitätspass. Wir sagen NEIN, wenn dies vom Landkreis (mit)finanziert werden soll oder wenn der Landkreis von den Bürgern eine Abgabe erheben soll. **Bürger und Landkreis können nicht weiter belastet werden.**

Auch hier gilt: wer bestellt, der bezahlt.

Geht es weiter?

Diese Fragen stellt man sich auch beim Deutschlandticket, das einen deutlichen Zuwachs beim Regionalverkehr beschert hat. **Was Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Kapazitäten auf der Filstalbahn anbelangt, kann es so nicht weitergehen.** Mit dem Wechsel von Go Ahead zur ÖBB kann es nur besser werden, denn die ÖBB fahre die Nahverkehrszüge in Österreich täglich mit einer Pünktlichkeit von 95,5 Prozent, so der ÖBB-Vorstandschef.

Ein großes Thema im Landkreis, für die Bürger das zentrale Thema, ist die Frage, wie geht es mit der **Gesundheitsversorgung** weiter.

„Die Mehrheit der deutschen Kliniken ist nicht mehr in der Lage, ihr tariflich vereinbartes Weihnachtsgeld für ihre Beschäftigten aus den regulären Betriebseinnahmen zu bezahlen“, meldete ZEIT online am 13. November.

„Stoppt das Krankenhaussterben!“ war die zentrale Forderung des bundesweiten Protesttages der Kliniken. Doch Gesundheitsminister Lauterbach ist gegen eine zusätzliche finanzielle Unterstützung. Die Krankenhäuser brauchen eine auskömmliche Finanzierung, die gesetzlich vorgegeben ist! Lauterbachs Krankenhausreform sieht vor, das Vergütungssystem mit Pauschalen für Behandlungsfälle zu ändern. Dabei war er es, der sich seit 2000 für das System der Fallpauschalen stark gemacht und der es mit auf den Weg gebracht hat. Er ist jetzt dabei, seine Reform zu reformieren. Nach Einschätzung der DKG werden zahlreiche Krankenhäuser seine Reform gar nicht mehr erleben bzw. nicht können! **Das kann und darf nicht Sinn und Zweck der Reform sein!** In einem Brandbrief an den Bundesgesundheitsminister bezeichnen die Gesundheitsminister der Länder die bislang vorliegenden Details der Reform als „sehr enttäuschend“.

Insbesondere der Bund, aber auch die Länder müssen ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen. Das duale System der Krankenhausfinanzierung ist kein in die Länge zu ziehender Leitfaden, sondern ein Gesetz, das auch umgesetzt werden muss.

Das Erreichen der „Schwarzen Null“ ist und bleibt ein Ziel, das allerdings nicht auf Kosten der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung gehen darf.

A 10: Angesichts der chronischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser beantragen wir

- bei der Fortschreibung des Finanzkonzeptes für die nächsten Jahre dauerhaft mindestens 10 Millionen Euro für das Klinik-Defizit zu veranschlagen.
- das Szenario zu berechnen und darzustellen, wie die Finanzierung der Kreisschulden / des Kreishaushalts funktioniert, wenn die Effizienz-Rendite (Netto Null der Klinik) nicht erwirtschaftet werden kann.
- über Maßnahmen gegen die Unterfinanzierung zu diskutieren.

Auch zweieinhalb Jahre nach dem Beschluss des Kreistags über das Ende der Helfensteinklinik gibt es immer noch kein fertiges Konzept, weil zahlreiche Fragen noch geklärt und einige Entscheidungen noch zu treffen sind. Der Kreistag hat zwar hehre Ziele formuliert, Fakt jedoch ist, dass immer noch nicht klar ist, was davon umgesetzt werden kann.

Auch wenn es nicht die von Fachleuten vorgeschlagene und von uns beantragte Kurzliegerstation geben wird, begrüßen wir die Kurzstationäre Allgemeinmedizinische Versorgung als kleinen Schritt, dem noch einige Weitsprünge folgen müssen.

A 11: Wir beantragen, dieses Pilotprojekt nicht nur auf die AOK zu begrenzen und sukzessive zu vergrößern.

Klimaschutz ist vorrangig.

Der Klimawandel bedroht unsere Lebensgrundlagen. Und **gegen jede Bedrohung müssen wir uns aktiv wehren, müssen wir kämpfen**. Unser gemeinsam erarbeitetes Integriertes Klimaschutzkonzept enthält einen umfangreichen Maßnahmenkatalog, um unsere Ziele zu erreichen. Für uns ist die Akzeptanz der Bürger ebenso wichtig wie die Bürger aktiv mitzunehmen, sie am Geschehen zu beteiligen. **Wir brauchen einen breiten Konsens für unsere ambitionierten Ziele.**

A 12: Daher beantragen wir einen Umweltatlas GP.

Der Umweltatlas GP soll u.a.:

- Einblick in die Zusammenhänge geben
- die Maßnahmen des Kreises und der Kommunen darstellen
- den Stand der Klimaziele zeigen
- Informationen geben
- den Bürgern die Möglichkeit geben, aktiv mit Beiträgen zur Verminderung der Umweltbelastung und Anregungen mitzuwirken
- ...

In Ergänzung zu diesem Antrag erneuern wir unseren Antrag auf Einführung einer Landkreis-App, den wir hiermit wiederholen.

A 13: Wir beantragen die Einführung einer Landkreis-App.

Die Landkreis-App MeinGP gibt einen bequemen Zugriff auf alle kreisrelevanten Informationen, Daten und Fakten und bietet verschiedene Dienste an, wie bspw. Notfall-Infos der AFK, Online-Angebote der Kfz-Zulassungsstelle, Abfallwecker des AWB (Die AWB-App wird in die Landkreis-App integriert) u.v.m.

A 14: Um die **digitale Transformation** zu gestalten, müssen ständig neue und weitere Weichenstellungen vorgenommen werden.

Wir beantragen eine Digitalisierungsstrategie für den Landkreis Göppingen. Es muss ein ständiges Update geben. Digitalisierung ist ein wesentlicher Schwerpunkt, um weiter an Attraktivität zu gewinnen. Wir wollen einen Digital-Fahrplan für die nächsten fünf Jahre: welche Leistungen des Landkreises können digital beantragt und digital abgewickelt werden.

Jahr für Jahr steigen die **Sozialausgaben**. Und ein Ende ist nicht absehbar.

Wir haben im vergangenen Jahr einen Antrag zu den **Sozialbelastungsfaktoren** gestellt. Wir sind damit einverstanden, dass die Aufarbeitung des von uns beantragten Zukunftsgipfels im ersten Quartal 2024 erfolgt.

Wir werden die Ergebnisse aufgreifen und verknüpfen.

Jugend, Bildung und Soziales mit Wirtschaft und Wissenschaft. Arbeitsplätze als Schlüssel zum Erfolg. Dazu müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen.

Deutschland soll für Migranten unattraktiver werden soll. Bund und Länder haben sich nach monatelangem Streit über die Aufteilung der **Flüchtlingskosten** geeinigt. Den Worten müssen Taten folgen. Um es mit Gustav Werner zu sagen: „Was nicht zur Tat wird, ist nichts wert!“

A 15: Wir beantragen

- einen Überblick über die aktuelle Flüchtlingssituation im Landkreis und die Integration von Geflüchteten im Landkreis.
- ein Konzept zur Vermeidung von Sporthallenbelegungen.
- über Maßnahmen „bessere Unterstützung der Landkreis und Kommunen“ zu beraten, bspw. eine Resolution aller Landkreise.

Menschen mitnehmen, Menschen einbinden – auch die Jugend.

A 16: In Anknüpfung an den Jugendaktionstag beantragen wir einen Jugenddialog, um mit Jugendlichen über ihre Bedürfnisse, Vorstellungen und Anliegen zu reden.

In Ergänzung dazu beantragen wir, die Einführung eines Jugendkreistags zu beschließen.

In der **Abfallwirtschaft** haben wir einiges verändert, das vom AWB kommunikativ hätte deutlich besser vermittelt werden müssen. Mehr Trennung bedeutet nicht weniger Kosten. Dies hätte auch so kommuniziert werden müssen.

Im Ergebnis haben all die Umstellungen zu einem deutlich besseren Tabellenplatz in der Abfall-Landesliga geführt hat.

Ob es weitere größere Veränderungen geben wird, darüber entscheiden wir nachher bei der Neufestsetzung der Abfallgebühren und bei der Rekommunalisierung bis zum Jahresende.

Im **Bildungsbereich** haben wir nach Jahren des Zurückhaltens und Verschiebens mit Neu- und Anbaumaßnahmen eine **Bildungs-Offensive** gestartet, die fortgesetzt werden muss.

Der Digitalpakt Schule umfasst Fördergelder des Bundes in Höhe von 6,5 Milliarden Euro, die vor dem Ablauf im Juni 2024 weitgehend verplant sind. Der Bedarf auch im Landkreis Göppingen ist jedoch nach wie vor groß. Der Bund hat bis heute noch nicht entschieden, ob es eine Fortsetzung, also einen Digitalpakt 2.0, geben wird. Wir fordern die Verwaltung auf, auch über den Landkreistag beim Bund die Dringlichkeit der Fortsetzung zu deutlich zu machen.

Tourismus: Der Landkreis Göppingen ist sehr gefragt, wird sehr stark nachgefragt.

Die ESA feiert Geburtstag – wir gratulieren. **Was die Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf in 10 Jahren geleistet, bewegt und erreicht hat, das ist beispielhaft.**

Über den Landkreis wird nicht nur geredet, immer mehr Menschen kommen auch sehr gerne zur (Nah)Erholung in den Landkreis. Wir wollen und werden diese Stärke des Landkreises weiter stärken. Mit diesem Pfund können und müssen wir wuchern

Noch immer kreist die **Auskreisung**, inzwischen weniger sicht- und hörbar, jedoch immer wieder auch im Kreistag kräftig aufblitzend, über dem Landkreis. Es droht zur unendlichen Geschichte zu werden, die weiterhin Schwierigkeiten, Unbill, Frust und Ärger erzeugt, die massiv einer Gesundung entgegenwirkt, die uns alle nicht weiterbringt und die nur entwicklungshemmend und entwicklungsschädlich ist.

Gerade in dieser Zeit mit all den Sorgen, Nöten und Ängsten der Menschen brauchen wir ein **konstruktives Miteinander**, um stark zu sein, um die Zukunft erfolgreich zu gestalten. Dies muss allen bewusst sein. Es darf nicht nur ständig vom Verständnis geredet werden.

Auch beim Thema Auskreisung brauchen wir ein Umdenken, brauchen wir einen Wertewandel.

Wieder mehr in den Mittelpunkt der kreispolitischen Diskussion wird die **Kreisumlage** kommen. Schon jetzt ist klar: sollte es bei der Entwicklung entsprechend der mittelfristigen Perspektive bleiben, werden, um es vorsichtig auszudrücken, einige Gemeinden mit diesen Kreisumlagehebesätzen überfordert sein.

Zum Kreisbewusstsein gehört, auch darauf einzugehen.

Dazu einige Anmerkungen:

Die Verwaltung redet von einer überdurchschnittlichen Steuerkraft. Dies stimmt aber nur bezüglich der Steigerung, nicht jedoch bezüglich der absoluten Zahlen.

Sollte eine Steigerung der Kreisumlage nicht analog dem Zuwachs der Steuerkraftsumme entsprechen?

Sollten wir nicht auch einmal darüber diskutieren, die Summe der Kreisumlage und nicht den Prozentsatz zu beschränken?

Wir alle sehnen uns nach einem schönen Wintermärchen.

Wir können keine märchenhaften Zustände schaffen, wir müssen miteinander die **Voraussetzungen für eine gute und sichere Zukunft** schaffen.

Was wir können und tun müssen: mit einem **Politikwechsel**, mit einer **Politik des Zuhörens und Verstehens**, mit einer **pragmatischen und ideologiefreien Politik** eine Brücke in die Zukunft bauen. Den Menschen im Landkreis Wege und Maßnahmen aufzeigen, denen sie zustimmen, denen sie vertrauen UND die sie mitgehen.

Wir tragen mit unserem Konzept des Erhaltens und des Gestaltens dazu bei. Wir sind bereit, uns zusammen mit Ihnen schnellstmöglich an die nicht einfach werdende Umsetzung zu machen.

Wir gehen trotz der K-Themen mit großer Zuversicht in die von Ungewiss- und Unsicherheiten geprägte Zukunft.

Namens der CDU danke ich pauschal **allen**, die sich im und für den Landkreis tatkräftig und erfolgreich engagieren.

Namentlich danke ich Ihnen, Herr Landrat Wolff, sowie Ihnen, Herr Kreiskämmerer Stolz.

In diesen Dank der CDU beziehe ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes, seiner Dienststellen, der Alb-Fils-Kliniken, der Schulen und des AWB ein.

Ganz herzlich danke ich meiner Fraktion. Mit Abstand der besten.

In unserer Klausur in Wiesensteig haben wir miteinander Grundlagen für unser Zukunfts-Konzept „**erhalten und gestalten**“ erarbeitet.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns gute und konstruktive Beratungen zum Wohle und für eine gute Zukunft des Landkreises Göppingen.

Wolfgang Rapp

17. November 2023



A 01: Priorisieren

Am 02. Dezember **2011** hat die CDU folgenden Antrag gestellt:

Wir beantragen, miteinander ein Kreisentwicklungskonzept „Zukunft im und für den Landkreis Göppingen“ zu erarbeiten, in dem Ziele, Strategien und **Handlungsprioritäten** festgelegt werden.

Wir wiederholen diesen Antrag und beantragen erneut: mit der Priorisierung zu beginnen.

Dem Kreistag ist ein Strategiekonzept „Zukunft im und für den Landkreis Göppingen“ vorzulegen, das aufzeigt, wie und in welchen Schritten eine Prioritätenliste erstellt werden soll.

A 02: Haushaltsentwicklung - Risikominimierung

Das Fazit ist kurz und ernüchternd:

Wir haben eine Hochrisikolage, und die geordneten Kreisfinanzen sind in Gefahr.

Wir beantragen daher,

dem Kreistag im 1. Quartal 2024 Maßnahmen zur Risikominimierung vorzulegen mit dem Ziel, das Risiko mindestens zu halbieren.

A 03: Überforderung – gegen zunehmende Aufgabenübertragung von Bund und Land

Wir regen eine Initiative des Landkreises gegen die Überforderung und zunehmende Aufgabenübertragung von Bund und Land an, um Ihrer Aussage, Herr Landrat, „es ist aus unserer Sicht dringend notwendig, dass es in der Bundes- und Landespolitik zeitnah zu Entscheidungen kommt, welche die kommunale Situation spürbar und nachhaltig entlastet“, Nachdruck zu verleihen. Dies können wir mit konkreten Beispielen nachdrücklich hinterlegen.

A 04: Personal – Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Wie groß ist die Zahl der Gefährdungsanzeigen?

Welche Maßnahmen zur Entlastung hat die Verwaltung unternommen und welche weiteren Maßnahmen sind geplant?

A 05: Wirtschaft im Landkreis Göppingen

Wir beantragen einen Bericht „Wirtschaft 2024 im Landkreis Göppingen“. Wie ist die Situation? Welche Strategie wird verfolgt? Wie und wo ist und wird der Landkreis tätig? Wie wird der Landkreis aktiv, wenn es um Gewerbegebiete geht?

A 06: Wohnungsbau im Landkreis Göppingen

Wir beantragen einen Bericht „Wohnungsbau 2024 im Landkreis Göppingen“.

Was tut sich im kommunalen Wohnungsbau bei den kommunalen Wohngesellschaften sowie bei den einzelnen Kommunen im Landkreis? Gibt es beabsichtigte, geplante Projekte, die aufgrund rechtlicher Probleme nicht durchgeführt werden (können)?

A 07: Kreisstraßen

Wir beantragen, dass uns zu Sanierung und Ausbau der Kreisstraßen ein Konzept mit Priorisierungen, das Zustand, Bedeutung und Belastung des jeweiligen Straßenabschnittes beinhaltet, zur Entscheidung vorgelegt wird.

A 08: Radschnellweg

Wir beantragen einen Bericht, wie es mit dem Radschnellweg inhaltlich (Ausbau des Radwegenetzes, Trassenführung) und zeitlich trotzdem weitergeht.

A 09: Radfahrstreifen

Wir beantragen, den UVA zu informieren, unter welchen Voraussetzungen Schutzstreifen/Radfahrstreifen auf Steigen eingerichtet werden können.

A 10: Finanzkonzept – Klinik-Defizit

Angesichts der chronischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser beantragen wir

- bei der Fortschreibung des Finanzkonzeptes für die nächsten Jahre dauerhaft mindestens 10 Millionen Euro für das Klinik-Defizit zu veranschlagen.
- das Szenario zu berechnen und darzustellen, wie die Finanzierung der Kreisschulden / des Kreishaushalts funktioniert, wenn die Effizienz-Rendite (Netto Null der Klinik) nicht erwirtschaftet werden kann.
- über Maßnahmen gegen die Unterfinanzierung zu diskutieren.

A 11: Helfensteinklinik - KAV

Wir beantragen, dieses Pilotprojekt nicht nur auf die AOK zu begrenzen und sukzessive zu vergrößern.

A 12: Klimaschutz - Umweltatlas

Wir beantragen einen Umweltatlas GP.

Der Umweltatlas GP soll u.a.:

- Einblick in die Zusammenhänge geben
- Die Maßnahmen des Kreises und der Kommunen darstellen
- Den Stand der Klimaziele zeigen
- Informationen geben
- Den Bürgern die Möglichkeit geben, aktiv mit Beiträgen zur Verminderung der Umweltbelastung und Anregungen mitzuwirken
- ...

A 13: Landkreis-App

Wir beantragen die Einführung einer Landkreis-App.

Die Landkreis-App MeinGP gibt einen bequemen Zugriff auf alle kreisrelevanten Informationen, Daten und Fakten und bietet verschiedene Dienste an, wie bspw. Notfall-Infos der AFK, Online-Angebote der Kfz-Zulassungsstelle, Abfallwecker des AWB (Die AWB-App wird in die Landkreis-App integriert) u.v.m.

A 14: Digitalisierungsstrategie

Um die digitale Transformation zu gestalten, müssen ständig neue und weitere Weichenstellungen vorgenommen werden.

Wir beantragen eine Digitalisierungsstrategie für den Landkreis Göppingen. Es muss ein ständiges Update geben. Digitalisierung ist ein wesentlicher Schwerpunkt, um weiter an Attraktivität zu gewinnen. Wir wollen einen Digital-Fahrplan für die nächsten fünf Jahre: welche Leistungen des Landkreises können digital beantragt und digital abgewickelt werden.

A 15: Flüchtlingssituation im Landkreis

Wir beantragen

- einen Überblick über die aktuelle Flüchtlingssituation im Landkreis und die Integration von Geflüchteten im Landkreis.
- ein Konzept zur Vermeidung von Sporthallenbelegungen.
- Über Maßnahmen „bessere Unterstützung der Landkreis und Kommunen“ zu beraten, bspw. eine Resolution aller Landkreise.

A 16: Jugend: Jugend-Dialog und Jugendkreistag

In Anknüpfung an den Jugendaktionstag beantragen wir einen Jugenddialog, um mit Jugendlichen über ihre Bedürfnisse, Vorstellungen und Anliegen zu reden.

In Ergänzung dazu beantragen wir, die Einführung eines Jugendkreistags zu beschließen.